

# RS Vwgh 2006/10/9 2002/09/0092

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 09.10.2006

## Index

E000 EU- Recht allgemein

E1E

E6j

10/07 Verwaltungsgerichtshof

59/04 EU - EWR

60/04 Arbeitsrecht allgemein

62 Arbeitsmarktverwaltung

## Norm

11997E049 EG Art49;

62004CJ0168 Kommission / Österreich;

AuslBG §18 Abs12 idF 1997/I/078;

AuslBG §18 Abs13 idF 1997/I/078;

AuslBG §18 Abs14 idF 1997/I/078;

AuslBG §18 Abs15 idF 1997/I/078;

AuslBG §18 Abs16 idF 1997/I/078;

AuslBG §28 Abs1 Z5 litb;

EURallg;

VwGG §42 Abs2 Z1;

## Rechtssatz

Der EuGH kam in seinem Urteil vom 21. September 2006 in der Rechtssache C-168/04, Kommission gegen Republik Österreich, zu folgendem Ergebnis (Tenor): "Die Republik Österreich hat gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel 49 EG verstoßen, indem sie ... die Entsendung drittstaatsangehöriger Arbeitnehmer durch ein in einem anderen Mitgliedstaat ansässiges Unternehmen von der Einholung der 'EU-Entsendebestätigung' nach § 18 Abs 12 bis 16 Ausländerbeschäftigungsgesetz abhängig macht, die nur erteilt wird, wenn erstens der betreffende Arbeitnehmer seit mindestens einem Jahr bei dem betreffenden Unternehmen beschäftigt ist oder mit diesem einen unbefristeten Arbeitsvertrag geschlossen hat ...". (Weiters Wiedergabe der Randnummern 48 bis 53 des zitierten Urteils des EuGH im vorliegenden Erkenntnis). (Hier: Mit dem angefochtenen Bescheid wurde der Beschwerdeführer wegen Übertretung jener Rechtsvorschriften bestraft, durch welche die Republik Österreich nach dem angeführten Urteil des EuGH gegen ihre Verpflichtungen aus Art. 49 EG verstoßen hat. Mit dem angefochtenen Bescheid wurde der Beschwerdeführer daher durch die Anwendung gemeinschaftsrechtswidriger Vorschriften in seinen Rechten verletzt, weshalb der angefochtene Bescheid gemäß § 42 Abs. 2 Z. 1 VwGG aufzuheben war.)

## Schlagworte

Besondere Rechtsgebiete Gemeinschaftsrecht Auslegung des Mitgliedstaatenrechtes EURallg2

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2006:2002090092.X01

## Im RIS seit

21.11.2006

## Zuletzt aktualisiert am

24.10.2011

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>